

Bloß nicht zu viel wissen: Seriöse Erkenntnisse stören nur in der Politik

Ich möchte mich an dieser Stelle ehrlich bei Bundesforschungsministerin Anja Karliczek von der CDU entschuldigen. In einem Beitrag am 1. März dieses Jahres hatte ich der gelernten Bankkauf- und Hotelfachfrau aus Ibbenbüren nach einem WDR-Interview schlichtweg die Eignung für das hohe Staatsamt abgesprochen.

Und dann so was: die Christdemokratin zieht furchtlos in der Schlacht – ausgerechnet gegen die Homo-„Ehe“, der etwa ein Drittel der Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU vor der Bundestagswahl im Hauruckverfahren zustimmten, auch um Frau Merkel nach der Wahl Koalitionsoptionen mit Grünen und FDP – SPD sowieso – zu eröffnen. Wenn die Union auf alle politischen Überzeugungen verzichtet, ist sie als Partner für linke Bündnisse natürlich verfügbar. Und bevor Sie fragen „Was denn für Überzeugungen?“ erinnere ich daran, dass zwei CDU-Bundesparteitage und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorher mit großen Mehrheiten die Homo-„Ehe“ abgelehnt hatten. Aber seit wann interessiert Frau Merkel, was ihre Mitglieder und Abgeordneten wollen?

Und man kann die Entscheidung damals auch von einer anderen Seite betrachten. Zwei Drittel der Unions-Abgeordneten stimmten *GEGEN* die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit die Ehe. Und nur diese Abgeordneten der Union stimmten im Bundestag dagegen. *NUR* sie...

Damit kommen wir zurück zu Anja Karliczek, der ich wohl Unrecht getan habe. Denn sie gehörte zu diesen Abgeordneten der CDU die mit *NEIN* stimmten. Karliczek sagte in der Debatte: „Meine Einschätzung als Mutter dreier Kinder ist die, dass es für die Entwicklung von Kindern wichtig ist, das emotionale Spannungsfeld zwischen Vater und Mutter zu erleben.“ Natürlich ist das entscheidend – ich meine, warum gibt es sonst Männer und Frauen mit vielfältigen Unterschieden, die von linken Volkserziehern gern als „biologistisch“ geschmäht werden?

Natürlich können homosexuelle Paare Kinder mit großer Liebe und Fürsorge erziehen, kein Zweifel. Aber es wird diesen Kindern in den allermeisten Fällen schwerer fallen, ihre eigene Identität für sich selbst zu entdecken, wenn sie zum Beispiel ein Junge sind, der mit zwei Müttern aufwächst und täglich auch in Kita und Grundschule fast nur Frauen als Erzieher und Lehrer erlebt.

Die Homo-Community, also die oft schlecht erzogenen Schreihälse der Lobbygruppen der LSBTTIQ GmbH & Co. KG-Gruppen, ist empört über die Ministerin, die ihren Job ernst nimmt. Was das queere Völkchen da ablässt, ist zu vernachlässigen aber auch verständlich. Die müssen ja irgendetwas tun, um auch in Zukunft Staatskohle abkassieren zu können. Wenn aber die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) behauptet: „Schon heute belegen Studien, dass sich Kinder in homosexuellen Partnerschaften genauso gut entwickeln wie in Familien mit Mutter und Vater“, dann ist energischer Widerspruch angebracht.

Diese „Studien“, die es zur Entwicklung von Kindern in homosexuellen Beziehungen gibt, sind nichts als

Abfragen einer übersichtlichen Zahl von gleichgeschlechtlichen Partnern mit Kindern. Keine wissenschaftliche Untersuchung, keine Befragung der Kinder, wie es ihnen geht - außer natürlich in Anwesenheit der Erziehungsberechtigten.

Bei jedem anderen Thema würde man diese „Studien“ auseinandernehmen und in den Papierkorb schmeißen. Aber hier geht es ja um die gute Sache, das Propagieren einer bunten Vielfalt sexueller Identitäten, die nicht nur gleichwertig zur traditionellen Form des Zusammenlebens der großen Mehrheit in Deutschland, sondern am besten auch noch überlegen ist. Nicht verwunderlich in einem Land, in dem eine Bundeskanzlerin mal sagte, Mütter, die ihre Kinder selbst erziehen, seien „vergeudetes Potential“.

Forschungsministerin Karliczek will nichts anderes als eine Langzeitstudie zum Thema. Sie will Fakten, die auf wissenschaftlicher Basis entstehen. Sie will erfahren, was richtig ist - das ist ihr Job. Und genau deshalb beschimpft man sie so massiv.

Andererseits: Es gibt ja im modernen Deutschland auch Abgeordnete, die überhaupt nicht mehr darüber reden wollen, was zum Beispiel im umstrittenen Flüchtlingspakt der UN unterschrieben werden soll. Das könnte die Bevölkerung verunsichern...